Kursbuch 186

Rechts. Ausgrabungen

Marcel Lewandowsky, Jasmin Siri

Rechtspopulismus in Europa Überblick und Bestandsaufnahme

MURMANN

Juni 2016

Sven Murmann Verlagsgesellschaft mbH
Miramar-Haus, Schopenstehl 15, 20095 Hamburg
Tel. 0 40/39 80 83-0
V.i.S.d.P.: Peter Felixberger
© 2016 Sven Murmann Verlagsgesellschaft mbH, Hamburg

PDF zum *Kursbuch* 186 »Rechts. Ausgrabungen«
Frei zum Download und für die Weitergabe
Zitate nur mit Quellenangabe

Homepage des Kursbuchs: <https://kursbuch.online>
Email-Kontakt: kursbuch@kursbuch.online

Marcel Lewandowsky, Jasmin Siri

Rechtspopulismus in Europa

Überblick und Bestandsaufnahme

Rechtspopulismus ist seit Langem ein gesamteuropäisches Phänomen. In vielen Staaten Europas sind die Herausfordererparteien keineswegs Eintagsfliegen, sondern haben sich in den Parteiensystemen etabliert. Etwa in Österreich, Polen, Ungarn und Finnland waren oder sind Rechtspopulisten an Regierungen auf nationaler Ebene beteiligt oder stellen gar die größere oder alleinige Regierungspartei. Deutschland hingegen bildete über Jahrzehnte hinweg einen Sonderfall. Obschon die Voraussetzungen für das Gedeihen rechter Protestparteien, beispielsweise in Form rassistischer und wohlfahrtschauvinistischer Einstellungsmerkmale auch hier gegeben waren, konnte auf der Bundesebene keine Partei jenseits von CDU und CSU reüssieren. Erst mit dem Auftauchen der Alternative für Deutschland (AfD), die zumindest bei Landtagswahlen erfolgreicher ist als jede rechtspopulistische Partei vor ihr, scheint sich die Etablierung einer neuen parteipolitischen Kraft am rechten Rand abzuzeichnen.

Um zu einem vergleichenden Überblick über den gegenwärtigen Rechtspopulismus in Parteienform in Europa zu kommen, muss zunächst die Frage geklärt werden, was Rechtspopulismus theoretisch und konzeptionell ausmacht, welche ideologischen Merkmale ihm zu eigen sind – wenn überhaupt – und inwiefern er sich darüber hinaus nicht nur als Programmatik im weiteren Sinne, sondern auch als Organisationsform und Auftreten äußert.

1. Zwischen Organisation, Auftreten und Ideologie

Eine theoretische und konzeptionelle Einordnung von Populismus beziehungsweise seiner rechten Spielart ist kein leichtes Unterfangen. Wenn man genau verstehen will, worum es sich bei diesen Phänomenen handelt, kommt man nicht umhin, zwei wesentliche Probleme der Begriffsentwicklung zu benennen. Zum einen oszilliert Populismus zwischen Ideologie, Auftreten und organisationalen Elementen.¹ Zum anderen gestaltet sich die ideologische Zuordnung selbst häufig schwierig, denn Populismus besitzt keine ausgearbeitete Ideologie, sondern tritt eher als moralisch eingefärbtes Verständnis von Volkssouveränität auf, das an andere Ideologien hochanschlussfähig ist. Diese Anschlussfähigkeit birgt – vor allem in einer Öffentlichkeit des Netzmediums – vielfältige Chancen, aber auch bestimmte Risiken, beispielsweise hinsichtlich der Frage des Aufbaus einer stabilen Parteiorganisation und der Teilnahme an Wahlen.

Ideologie und Auftreten

Lange Zeit war sich die Forschung uneins darüber, ob man »Populismus« überhaupt wissenschaftlich definieren kann. Zu unterschiedlich schienen die Parteien und Bewegungen, die sich seit Beginn der 1980er-Jahre in Skandinavien, dann in Frankreich und Deutschland von rechts gegen die etablierten Parteien stellten. »Populismus« erscheint oft eher als Stigma denn als wissenschaftlicher Begriff. Er erinnert uns an Demagogie, scheint so etwas wie ein »Extremismus light« zu sein – mit hin demokratiefeindlich, aber darin nicht konsequent genug –, und wird immer wieder mit Opportunismus in Verbindung gebracht: »Dem Volk nach dem Munde reden« erscheint im alltäglichen Sprachgebrauch als ein zentrales Charakteristikum dessen, was wir unter Populismus verstehen.

Aus empirisch-sozialwissenschaftlicher Perspektive lässt sich eine Minimaldefinition des Populismus formulieren,² wonach sein Kern zum einen im Rekurs auf ein als homogen gedachtes »Volk« (*populus*) be-

steht. Das Volk ist dabei nicht Träger eines eschatologischen Heilskonzepts oder Adressat utopischer Politikentwürfe wie in den entwickelten linken und rechten Ideologien des 20. Jahrhunderts, sondern wird mit relativ vagen, moralischen Topoi belegt: Es gilt mithin als gut, anständig, fleißig, vernünftig. Nicht ohne Grund drückt sich Populismus beispielsweise in Chiffren aus, die auf den »anständigen Bürger« rekurrieren. Zum anderen bringt Populismus das Volk gegen das politische Establishment in Stellung. Die politische Klasse wird dem Volk als moralischer Gegenpol gegenübergestellt; sie gilt als korrupt, verkommen, unfähig, selbstherrlich, auf den eigenen Vorteil bedacht. Jenes »Wir gegen die« bildet gewissermaßen die politische Achse des Populismus und ist allen Parteien und Bewegungen gemein, handelt es sich nun um Rechtspopulisten, Linkspopulisten (wie etwa die griechische Syriza oder die spanische Podemos) oder ideologisch schwer einzuordnende Varianten wie die italienische Movimento 5 Stelle oder Formen des Unternehmerpopulismus.³

Rechtspopulismus erweitert die vertikale, politische Abgrenzungsachse um eine horizontale, kulturelle Dichotomie.⁴ Rechtspopulisten sehen das Volk nicht nur im Sinne seiner politischen Entmachtung durch das Establishment, sondern auch durch die Zersetzung seiner kulturellen Identität bedroht. Die Gefahr geht demnach von all jenen aus, die der Identität des Volkes als nicht zugehörig empfunden werden. Cas Mudde hat hierfür den Begriff des *Nativismus* gewählt, der die natürliche Zugehörigkeit und Vorrechte von Eingeborenen gegenüber Fremden postuliert. Rechtspopulismus kann völkisch beziehungsweise rassistisch sein, muss dies aber nicht zwingend. Während die mitteleuropäischen Rechtspopulisten zum Teil auf rassistische Ressentiments aufbauen – etwa gegen Sinti und Roma –, begreifen sich ihre westeuropäischen Pendanten als Verteidiger einer christlich-abendländischen Kultur gegen die vermeintliche »Überfremdung« durch den Islam oder gegen die Entnaturalisierung der heterosexuellen Familie als dem eigentlichen Kern der Gesellschaft durch Emanzipationsbewegungen und – mit der AfD gesprochen – »Gender-Wahn«. Der Rekurs

auf Gender ermöglicht dabei Anschlüsse an radikal-christliche wie auch völkisch-nationalistische Ideologien, weshalb Gender- und Familienpolitik auch als *social glue* zwischen den ansonsten so heterogenen Gruppen der neuen Rechten bezeichnet werden können.

Rechtspopulismus tritt dabei in der Regel nicht extremistisch auf. Der wesentliche Unterschied gegenüber extremistischen Gruppierungen besteht in der grundlegenden Akzeptanz des demokratischen Systems.⁵ Der Rechtspopulismus sucht das Volk gegen die politischen Eliten innerhalb der repräsentativen Demokratie zu mobilisieren, will deren institutionelle Beschaffenheit jedoch nicht durch einen Gegentwurf ersetzen. Mehr noch: Das Bedrohungsszenario, das der Rechtspopulismus gegen »oben« und »außen« aufbaut, beschwört den Schutz der Demokratie vor inneren und äußeren Feinden: korrupten und unfähigen Politikern, die das System wissentlich oder unwissentlich zersetzen, ein vermeintlich bedrohlicher, autoritärer Islam, der an den Grundfesten der freiheitlichen Gesellschaftsordnung rüttelt, und liberale Eliten, die den Kern der Gesellschaft – die kulturell homogene, heterosexuelle Familie – durch Gesellschaftsexperimente zu zerstören drohen. Insofern inszenieren sich Rechtspopulisten als eigentliche Verteidiger der Demokratie und der Nation gegen innere und äußere Feinde. Gleichwohl sind die Grenzen zum Radikalismus beziehungsweise Extremismus nicht immer klar zu ziehen. Allein die Tatsache, dass erfolgreiche rechtspopulistische Parteien Trittbrettfahrer aus dem extremen Spektrum anziehen, wirkt sich auf deren ideologische Verortung und nicht zuletzt auch auf ihren Wahlerfolg aus. Gerade in der Neugründungsphase rechtspopulistischer Parteien lassen sich auch ein Deutungskampf zwischen unterschiedlichen aktivistischen Ausrichtungen und der Versuch der Einflussnahme extremer Gruppen beobachten. Dieses »Problem« muss dann beispielsweise über Parteiausschlüsse gelöst werden.

Organisation

Populistische Parteien werden, so Frank Decker, von dem Selbstverständnis getragen, sich von den etablierten Parteien und Politikern abzugrenzen. Der komplexen Organisationsstruktur mit oft langsamen Aushandlungsprozessen in den politischen Parteien stellen Populisten idealiter zwei Organisationselemente gegenüber. Zum einen verstehen sich populistische Organisationsformate nicht als Parteien im klassischen Sinne. Selbst wenn sie, wie in den meisten entwickelten Demokratien, de jure und de facto voll entwickelte Parteien sind, begreifen sie sich als Bewegungen »aus dem Volk« und inszenieren sich als Träger einer unmittelbaren Willensformulierung und -ausübung. Zum anderen konzentrieren sich rechtspopulistische Parteien häufig auf charismatische Führungspersönlichkeiten, die die Partei nach innen dominieren und nach außen nahezu allein vertreten. Beispiele hierfür sind etwa Marine Le Pen und zuvor ihr Vater Jean-Marie Le Pen (Front National), aber auch Heinz-Christian Strache (FPÖ) sowie der Vorsitzende der niederländischen Partij voor de Vrijheid (PVV), Geert Wilders. Allerdings lässt sich beobachten, dass viele dem Rechtspopulismus zuzuordnenden Parteien und Bewegungen inzwischen *keine* besonders starke Konzentration auf eine einzige charismatische Führungspersönlichkeit mehr aufweisen. Mudde und Kaltwasser⁶ beobachten daher das Aufkommen eines *leaderless populism*, der sich etwa an der US-amerikanischen Tea Party zeigen lasse. Möglicherweise könnten in der Bundesrepublik hierzu auch die deutsche Pegida und deren Ableger gezählt werden.⁷ Auch die AfD verfügt beispielsweise mit dem thüringischen Fraktions- und Landesvorsitzenden Björn Höcke über einen lokal verankerten, populären Redner, nicht aber über eine intern und nach außen strahlende charismatische Persönlichkeit an der Bundesspitze. Parteiensoziologisch besteht die Herausforderung der Beobachtung neuer rechtspopulistischer Gruppen nicht zuletzt in den Übergängen zwischen Partei und Bewegungen. Am Beispiel der AfD, die den Bewegungscharakter schon im Namen »Alternative für Deutschland« und durch den Verzicht auf eine Parteibezeichnung

symbolisiert, kann das gut nachvollzogen werden. So hat die AfD gute Kontakte sowohl ins christlich-fundamentalistische Spektrum beider Amtskirchen und zu rechtsradikalen Kreisen, aber auch (und dies ist nicht zuletzt dem netzpolitischen Aktivismus geschuldet) zu verschwörungstheoretisch-esoterischen Kreisen und alternativen Medien, die diese Verschwörungstheorien maßgeblich prominent machen. In Netzöffentlichkeiten lässt sich eine publizistische Melange der neuen Rechten beobachten, aus der sich sowohl Pegida und AfD als auch diverse kleinere Gruppen ihre Themen und große Teile ihres Personals rekrutieren. Die Netzöffentlichkeiten stellen in diesem Kontext also ein funktionales Äquivalent für die konventionelle Parteiorganisation dar, mithin einer breiter gestreuten und weniger gut steuerbaren Organisation, die so einerseits sensibel neue Themen aufspüren, andererseits auch wenig Kontrolle über die Themenaufbereitung und das Verhalten der Mitglieder und ihrer aktivistischen Umwelt ausüben kann.

2. Rechtspopulismus in Westeuropa

In den meisten westeuropäischen Staaten gehören elektoral erfolgreiche rechtspopulistische Parteien inzwischen zu festen Bestandteilen des Parteiensystems. Gerade im letzten Jahrzehnt konnten die rechtspopulistischen Herausforderer zum Teil beachtliche Stimmergebnisse erzielen. Hier seien nur einige Beispiele genannt: Die Partei Die Finnen (bis 2012: Wahre Finnen) erreichte bei den finnischen Parlamentswahlen 2015 nahezu 18 Prozent; die Partij voor de Vrijheid gewann bei den Wahlen zur niederländischen zweiten Kammer 2012 rund 15,5 Prozent; die Schwedendemokraten erlangten bei der Reichstagswahl 2014 fast 13 Prozent. Diese wenigen Exempel zeigen auf, dass Rechtspopulismus in Westeuropa derzeit nicht nur in der Lage ist, bei Wahlen zu reüssieren, sondern es sich auch längst nicht mehr um ein Nischenphänomen im niedrigen einstelligen Prozentbereich handelt. Im Folgen-

den einige herausragende Fälle, die die Erscheinungsform des westeuropäischen Rechtspopulismus in vielerlei Hinsicht repräsentieren.

Frankreich

In Frankreich finden wir mit dem Front National (FN) eine der ältesten und zugleich – gemessen an den prozentualen Stimmenanteilen auf nationaler und subnationaler Ebene – eine der erfolgreichsten rechtspopulistischen Parteien Westeuropas vor. Der FN wurde 1972 gegründet und steht in der historischen Entwicklungslinie des *Poujadismus*, einer kleinbürgerlichen populistischen Strömung im Frankreich der 1950er-Jahre, die sich vor allem für die steuer- und wirtschaftspolitischen Belange kleiner Geschäftsleute gegenüber dem Großkapital einsetzte. Ab Mitte der 1980er-Jahre konnte der Front National beständig Wahlerfolge verzeichnen.⁸ Gleichwohl verfügte der Front National über ein extremistisches Profil, das die Partei dauerhaft als Außenseiterin im politischen System Frankreichs etablierte. Prägend für die Politik und die Außendarstellung des FN war Jean-Marie Le Pen. Er war von 1972 bis 2011 Vorsitzender und deren beständiger Präsidentschaftskandidat und machte durch Holocaustleugnung und antisemitische Ausfälle von sich reden. Dennoch konnte er 2002 in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 16,86 Prozent der Stimmen auf sich verbuchen und den sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin auf den dritten Platz verweisen. In der zweiten Runde riefen die Sozialisten zur Unterstützung des konservativen Kandidaten Jacques Chirac auf. Le Pen konnte sein Stimmergebnis nur leicht auf 17,71 Prozent verbessern und unterlag deutlich.

Während Le Pen auf der politischen Bühne der Französischen Republik die Rolle eines rechtsextremistischen *enfant terrible* einnahm, hat sich der FN unter der Führung seiner Tochter Marine Le Pen, die den Parteivorsitz 2011 übernahm, sukzessive von einigen ideologischen Altlasten befreit, wobei streitig ist, inwiefern es sich dabei um eine wirkliche Abkehr vom Extremismus oder lediglich um kosmetische Korrekturen handelt.⁹ So wurden extremistische Faktionen innerpar-

teilich isoliert oder gänzlich aus der Partei gedrängt. Jean-Marie Le Pen selbst wurde aus der Partei ausgeschlossen; Marine Le Pen distanziert sich von den antisemitischen Traditionen der Partei.

Programmatisch steht der Front National laut Jean-Yves Camus auf zwei Säulen: zum einen auf der Verteidigung der nationalen Souveränität Frankreichs, gepaart mit einer protektionistischen Wirtschaftspolitik, zum anderen auf der Wahrung der Identität des französischen Volkes als kulturelle und ethnische Gemeinschaft. Es wundert nicht, dass der FN seinen größten Rückhalt in der Gruppe der Arbeiter findet. Wie viele andere rechtspopulistische Parteien auch artikuliert der Front National den Protest von »Modernisierungsverlierern«, die im politischen Establishment und in Migranten die Ursache für die soziale Schieflage im Land sehen. Insbesondere nach 2012 profitierte der FN von der schwachen Performanz der sozialistischen Regierung unter François Hollande sowie von der Schwächung des bürgerlichen Lagers durch die Selbstauflösung der Gaullisten in Gestalt der Union pour un mouvement populaire (UMP), die 2015 in der Partei Les Républicains unter Führung des ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy aufging.¹⁰ Zugleich findet der FN in Muslimen ein willkommenes Feindbild: Gegenüber vermeintlichen Bedrohungen durch einen rückständigen, politischen Islam einerseits und einer angeblich unfähigen politischen Elite kann sich die Partei gegen »oben« und »außen« als Verteidigerin der Französischen Republik inszenieren.

Dass dem FN bislang größere Erfolge verwehrt waren, dürfte vor allem mit dem französischen Wahlsystem zusammenhängen. Das auf zwei Wahlgänge ausgedehnte absolute Mehrheitswahlrecht führt dazu, dass die Partei in der ersten Runde hohe Stimmengewinne verzeichnet, die dann große Aufmerksamkeit und Empörung in der politischen und medialen Öffentlichkeit nach sich ziehen. In der zweiten Runde kam der FN bislang jedoch nicht über Achtungserfolge hinaus. Lediglich bei Europawahlen, in denen das Verhältniswahlrecht gilt und die sich weniger unter europäischen, sondern unter nationalen Vorzeichen vollziehen, konnte er zuletzt sogar die meisten Stimmen auf sich verei-

nen. Für die zukünftigen Präsidentschaftswahlen dürften angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise, der nach wie vor hohen sozialen Ungleichheit und des Misstrauens gegenüber den politischen Eliten hohe Wahlergebnisse für den FN zu erwarten sein.

Österreich

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist eine der erfolgreichsten rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa. Ihre Wahlergebnisse liegen seit 1990 konstant im zweistelligen Bereich, was nicht zuletzt auf die rechtspopulistische Wende der Partei Mitte der 1980er-Jahre zurückzuführen sein dürfte.¹¹ Ihr bislang bestes Ergebnis erreichte sie bei der Nationalratswahl 1999, als sie fast 27 Prozent der Stimmen erhielt und daraufhin eine umstrittene Koalition mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel bildete, die europaweit für heftigen Protest sorgte und in diplomatischen »Sanktionen« der anderen 14 EU-Staaten mündete.¹² Die FPÖ bildet also auch ein Fallbeispiel für die Konsequenzen der Regierungsbeteiligung rechtspopulistischer Parteien auf nationaler Ebene. Während der *output* der Regierungspolitik in der Integrations- und Sicherheitspolitik – den Kernfeldern der FPÖ – moderater ausfiel, als viele Beobachter zuvor vermutet hatten, erlitt die Partei selbst schweren Schaden. Die Phase ihrer zweiten Regierungsbeteiligung von 2000 bis 2006 war von heftigen internen Turbulenzen und der Abspaltung einer Gruppe um Jörg Haider geprägt, die 2005 das ebenfalls rechtspopulistisch ausgerichtete Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) ins Leben rief. Der Spaltung vorausgegangen war eine Reihe von Verlusten bei Landtagswahlen sowie bei der vorgezogenen Nationalratswahl 2002, nachdem die FPÖ entgegen ihrem auf soziale Gratifikationen für Österreicher setzenden Profil auf die wirtschaftsliberale Linie der ÖVP eingeschwenkt war.¹³ Ein wesentliches Problem, an dem die Freiheitlichen krankten, lag jedoch nicht zuletzt in der Unfähigkeit ihres charismatischen Vorsitzenden Jörg Haider, die durch den massiven Wählerzuwachs bedingten Parlaments- und Regierungssitze mit professionellem Personal zu besetzen

und die schwierige Rolle der »Oppositionspartei an der Regierung« mit Leben zu füllen.¹⁴ Insofern repräsentieren die Spaltung und das Scheitern der FPÖ in vielerlei Hinsicht zwei Grundprobleme rechtspopulistischer Parteien in Regierungsverantwortung.

Die FPÖ fungierte nach 1945 zunächst als Auffangbecken für Nationalsozialisten und Deutschnationale, verfügte aber auch immer über ein starkes wirtschaftsliberales Profil.¹⁵ Mit der Wahl Jörg Haiders zum Bundesobmann 1986 setzte sich parteiintern der deutschnationale Flügel durch. Infolgedessen entwickelte die FPÖ endgültig ein rechtspopulistisches Profil. So wandelte sie sich von einer proeuropäischen, wirtschaftsliberalen Partei zu einer rechtspopulistischen, euroskeptischen und vor allem ausländerfeindlichen Kraft. Diese Rolle hat die Partei bis heute inne. Nach dem Ausscheiden aus der Regierung konnte sich die FPÖ unter der Führung von Heinz-Christian Strache deutlich erholen. Hierzu dürfte nicht zuletzt die seit 2006 auf Bundesebene regierende Große Koalition aus SPÖ und ÖVP beitragen, gegen die sich die FPÖ als Alternative in Stellung bringen kann.

Deutschland

In der Bundesrepublik hatten rechtspopulistische Parteien lange Zeit einen schweren Stand. Decker nennt hierfür mehrere Gründe.¹⁶ Erstens: Die politische Rechte jenseits von CDU und CSU ist traditionell zersplittert. Im Gegensatz zu anderen Ländern, wo es rechtspopulistischen Parteien gelungen ist, ein Wähler- und Sympathisantenmilieu rechts von Konservativen beziehungsweise Christdemokratien zu vereinen, finden wir in Deutschland eher die Koexistenz mehrerer Klein- und Splitterparteien (wie der Bremer »Bürger in Wut« oder der inzwischen untergegangenen Hamburger »Schill-Partei«) mit zum Teil regionalen »Hochburgen« vor. Zweitens: Der Föderalismus und das Wahlsystem bieten für die Herausforderer von rechts sowohl Chancen als auch ungünstige Strukturen. Neben der in den Ländern und auf Bundesebene geltenden Fünfprozenthürde nennt Decker die hohe bundespolitische Bedeutung von Landtags- und Europawahlen. Gerade weil

die Bürger die Gelegenheit nutzen, die regierenden Parteien bei »Nebenwahlen« abzustrafen – und auch Rechtspopulisten davon profitieren –, wenden sie sich auf der Bundesebene wieder ihrer ursprünglichen Präferenz zu. Einen dritten Faktor sieht Decker jedoch als entscheidend an: Die politische Kultur in Deutschland, die geprägt ist durch die Erfahrung des Nationalsozialismus, führt zu einer raschen Stigmatisierung von Parteien, die auch nur in den Verdacht geraten, in ideologischer Nähe zu Rechtsextremismus und Nationalsozialismus zu stehen.

Bislang ist es unter diesen Voraussetzungen noch keiner Partei rechts der Union gelungen, sich auf der Bundesebene zu etablieren und Parlamentsmandate zu erringen. 1969 gelang der NPD mit 4,3 Prozent der Zweitstimmen beinahe der Sprung in den Bundestag; die Republikaner erreichten 1990 mit 2,1 Prozent ihr bestes Ergebnis auf nationaler Ebene. Bei der Bundestagswahl 2013 entfielen 4,7 Prozent auf die AfD. Seither konnte die Partei bei den Europawahlen reüssieren und bei allen folgenden Landtagswahlen mit zum Teil zweistelligen Ergebnissen in die Parlamente einziehen. Erst Anfang 2013 ins Leben gerufen, ist sie damit bereits jetzt die erfolgreichste Parteineugründung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Darüber, warum es der AfD bislang gelungen ist, sich als relevanter Spieler zu etablieren, gibt es noch keine endgültigen Befunde. Mit Blick auf die oben geschilderten Hindernisse für rechtspopulistische Parteien ergeben sich aber mehrere Hinweise auf günstige interne wie externe Voraussetzungen, die hier nicht erschöpfend, sondern nur schlaglichtartig behandelt werden können. Erstens: Die AfD begann nicht als eindeutig rechtspopulistische, sondern als euroskeptische Partei, die den Unmut über das politische Establishment mit der Kritik an der Beschaffenheit des europäischen Wirtschafts- und Finanzsystems sowie der Europäischen Union verband. So vermochte sie ein relativ tragfähiges, zugleich kaum stigmatisiertes Thema mit einer populistischen Protesthaltung zu verknüpfen. Zweitens – und damit zusammenhängend – befindet sich die AfD in einer günstigen parteipolitischen Wett-

bewerbsituation. Indem sie sich zumindest zu Anfang nur unweit rechts von der unter Kanzlerin Merkel in die Mitte gerückten Union positionierte, konnte sie sowohl moderat-konservativen als auch weiter rechts stehenden Wählern ein Angebot unterbreiten. Mittels eines politikwissenschaftlichen Analyserahmens lässt sich zeigen, dass die AfD, gemessen an den Einstellungen ihrer Kandidaten zur Bundestagswahl, bereits 2013 als rechtspopulistische Partei bezeichnet werden konnte.¹⁷ Aufgrund ihres moderaten Auftretens funktionierte sie allerdings eher als »funktionales Äquivalent« denn als rechtspopulistische Partei *per se*. Drittens kamen, wie der brandenburgische Landes- und Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland nicht ohne Zynismus bemerkte,¹⁸ die Flüchtlingskrise und die damit einhergehende Unzufriedenheit und Wut in Teilen der Bevölkerung der Partei, nachdem sie sich im Sommer 2015 faktisch gespalten hatte, gelegen. Für Simon Franzmann¹⁹ war denn auch das Thema der europäischen Währung, das die Partei zu Anfang trug, »nur der temporäre Anlass, der inhaltlich ganz verschiedene inhaltliche Strömungen zusammenschweißte«, während die AfD »mehrheitlich nur eine konservative Agenda« verfolgen konnte. Viertens profitiert die AfD seit ihrer Gründung von den sie tragenden, relativ professionellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Netzwerken, die nicht zuletzt eine gewisse Professionalität der politischen Organisation mitbringen dürften.²⁰

Ob es der AfD gelingen wird, sich als rechtspopulistische Alternative dauerhaft zu etablieren, dürfte davon abhängen, ob sie weiterhin von der Unzufriedenheit vieler Wähler mit der Politik der Bundesregierung profitieren kann. Sowohl die Euro- als auch die Flüchtlingskrise hat die Partei zu ihrem Vorteil populistisch gewendet. Ob sie dauerhaft die Wut auf das politische Establishment für sich nutzen kann und es schafft, die rechtsextremen Einflüsse auf die Parteiorganisation zu kontrollieren, was Voraussetzung einer Etablierung als demokratische Partei ist, bleibt abzuwarten.

3. Rechtspopulismus in Mittel- und Osteuropa

Der anhaltende Erfolg rechtspopulistischer Parteien in den mittel- und osteuropäischen Staaten vollzieht sich vor spezifischen historischen Bedingungen, die mit den immensen Transformationsprozessen jener Staaten nach der Epoche des Kommunismus in enger Verbindung stehen. Will man den besonderen Charakter dieser Parteien in Organisation, Auftreten und Ideologie verstehen, so muss man sich vor Augen halten, dass man nach 1989/1990 in diesen Ländern keine etablierten Demokratien und Parteiensysteme vorfand, sondern sich der politische Wettbewerb zum Teil völlig neu organisieren musste. Susanne Frölich-Steffen²¹ bezeichnet daher »virulente Nationalstaatsbildungsprozesse, Nationsfindungsprozesse sowie Minderheitenkonflikte« als »Kontextvariablen«, vor deren Hintergrund der Charakter des Populismus in dieser Region interpretiert werden muss. Rechtspopulistische Parteien in Mittel- und Osteuropa knüpfen zum einen an autoritäre Traditionen vor dem Zweiten Weltkrieg an – zum Teil sogar explizit –, zum anderen profitieren sie von ökonomischen und politischen Nebenwirkungen der Transformation.²² Andrea Pirro identifiziert vor diesem Hintergrund sechs spezifische Themenfelder, die die Rechtspopulisten in Mittel- und Osteuropa ausmachen: (1) Klerikalismus, also das Bekenntnis zum (orthodoxen) Christentum als vorherrschender Religionsgemeinschaft; (2) Irredentismus, das Zusammenführen der jeweils als »rechtmäßig« verstandenen Ethnie unter dem Dach der Nation (3) soziale Nationalwirtschaft, das heißt die Präferenz für eine starke Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik; (4) ethnische Minderheiten, womit häufig insbesondere die feindliche Haltung gegenüber Sinti und Roma gemeint ist; (5) Korruption als programmatischer Ausfluss des Anti-Establishment-Gestus sowie (6) die Europäische Union in Gestalt euroskeptischer Haltungen.²³

Die rechtspopulistischen Vertreter in Mittel- und Osteuropa haben demnach mit ihren westeuropäischen Pendanten die Mobilisierung des Volkes gegen das Establishment gemein, unterscheiden sich aber in den

Adressaten der kulturellen Abgrenzungssachse. Zugleich sind die unterschiedlichen Ausformungen des Populismus in Mittel- und Osteuropa äußerst heterogen. Wir finden hier schillernde, ohne klares Profil auskommende Akteure wie die litauische TT (Ordnung und Gerechtigkeit) vor, aber auch stabile Parteien, die wie Fidesz und Jobbik in Ungarn sowie Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen eindeutig der politischen Rechten zugeordnet werden können. Dabei werden in der Literatur die Parteiensysteme Polens und Ungarns häufig als jene charakterisiert, die in Mittel- und Osteuropa die stärksten Ähnlichkeiten aufweisen.²⁴

Polen

Der polnische Populismus kann auf eine lange Tradition zurückschauen. Mit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1918 etablierte er sich als Kommunikationsstil, um den Appell an die Nation zum Ausdruck zu bringen, aber auch um eine agrarisch geprägte Bevölkerung zu erreichen, die zu einem großen Teil aus Analphabeten bestand. Insofern ist der Populismus in Polen nicht allein Transformationsphänomen; vielmehr wird in ihm eine Grundströmung der polnischen Politik sichtbar, die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1990 an eine Traditionslinie anknüpfte.²⁵

In der jüngeren Geschichte war insbesondere die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) bei nationalen Wahlen erfolgreich.²⁶ Bei dieser handelt es sich um eine konservativ-katholische, nationalistisch ausgerichtete Partei, die 2001 von Lech Kaczyński ins Leben gerufen wurde. Eine eindeutige ideologische Zuordnung fällt zuweilen schwer. Da Polen über keine ausgeprägte Zuwanderungsgeschichte verfügt, fehlt der Partei die für Rechtspopulisten typische, gegen Migranten gerichtete Haltung. Die identitäre Komponente des Rechtspopulismus stellt sich in der PiS als Mischung aus klerikalen und nationalistischen Topoi dar, in der die Idee des »Polentums« und des Katholizismus eine untrennbare Verbindung eingehen.²⁷ Das zeigt sich auch in der engen Verbindung mit dem populären, nationalistisch-katholischen Radiosender Radio Maryja, der immer wieder zugunsten der PiS Partei ergreift.

Die PiS war von 2005 bis 2007 an der Regierung beteiligt – wobei die Kaczyński-Brüder das Amt des Präsidenten und das des Premierministers bis zum Tode Lech Kaczyńskis 2010 unter sich aufteilten – und stellt seit der Parlamentswahl 2015 die Alleinregierung. Seither haben die eingeleiteten Reformen des Verfassungsgerichtshofs und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – mit denen die Regierung ihren Einfluss auf die Medien auszuweiten suchte – in Polen sowie europaweit für Kritik gesorgt. Dabei steht die Befürchtung im Vordergrund, Polen könne ähnlich wie Ungarn eine antiliberaler Wende erfahren, in der die Regierung sich in der Verfassungs- und Medienpolitik weitgehende Rechte einräumt und die Gewaltenteilung auszuhöhlen droht.

Ungarn

Blicken wir auf Ungarn, so fallen zwei prominente Parteien im nationalistischen und rechtsextremen Spektrum ins Auge. Zum einen Fidesz (Ungarischer Bürgerbund), die unter Viktor Orbán seit 2010 die Regierung stellt. Zum anderen Jobbik (Bewegung für ein besseres Ungarn), bei der es sich um eine rechtsextremistische Partei handelt. Ungarn gehört zu jenen Ländern, in denen es einer rechtspopulistischen Partei gelingt, ihre Programme in der Regierung nahezu unbehelligt durchzusetzen. Seit 2010 regiert Fidesz das Land. Dabei erreichte sie 2010 und 2014 eine Zweidrittelmehrheit der Stimmen und ist so in der Lage, Verfassungsänderungen und umstrittene Mediengesetze durchzusetzen, die den Zugriff der Regierung auf die Judikative und das Mediensystem ausweiten und die Kontrolle der Exekutive erhöhen sollen.

Fidesz hat indes einen ideologischen Wandel durchlaufen. 1988 als Bündnis junger Intellektueller gegründet – darunter der heutige ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán –, gab sich die Partei zunächst ein liberales Profil. Anfang der 1990er-Jahre kam es zur Abspaltung der liberalen Kräfte, wodurch die Partei einen konservativen Charakter ausbilden konnte. Diese Entwicklung verstärkte sich, nachdem Fidesz nach der Wahlniederlage 2002 die Regierungsmacht verlor. Obschon der Sieg der Opposition wohl nicht zuletzt auf die Besorgnis der Wähler

gegenüber der zunehmend autoritär agierenden Regierung zurückzuführen war, bildete Fidesz danach ein zunehmend rechtspopulistisches Profil aus. Fidesz vertritt »bei den Themen Familie, Religion oder ungarische Nation [...] betont rechtskonservative und nationalistische Positionen«.²⁸

Bei Jobbik handelt es sich um eine relativ junge Partei, die erst 2003 gegründet wurde. Im Gegensatz zu Fidesz, die auf ein liberales programmatisches Erbe zurückblicken kann, entstand Jobbik – ungewöhnlich für rechtsextremistische Parteien – in einem geisteswissenschaftlichen Milieu als Zusammenschluss antikommunistischer Studenten und weist in ihrer Wählerschaft bis heute ein für rechtsextremistische Parteien überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau auf.²⁹ Neben der unmittelbaren historischen Linie mit den faschistischen »Pfeilkreuzlern« der Zwischenkriegszeit, in der sich Jobbik sieht, spielt der Irredentismus im Programm eine besonders herausragende Rolle: So hat sich die Partei die Wiederherstellung von »Großungarn« auf die Fahnen geschrieben und »erhebt revisionistischen Anspruch auf Teile der Slowakei, Rumäniens, Serbiens und der Ukraine«.³⁰ Darüber hinaus ist Jobbik eine Partei mit besonders deutlich ausgeprägtem ethnisch-rassistischem – und hier vor allem antiziganistischem – und antisemitischem Profil, in der sich zugleich auch starke radikal-christlich-konservative Ideologieelemente ausmachen lassen.³¹ Jobbik ist streng genommen keine rechtspopulistische, sondern eine extremistische Partei, die die gegenwärtigen Staatsgrenzen Ungarns infrage stellt, für eine ethnisch gesäuberte Nation plädiert und mit der Neuen Ungarischen Garde über einen paramilitärischen Arm verfügt.

So präsent die rechtspopulistische Fidesz-Regierung Viktor Orbáns und die antiziganistischen Auswüchse der Jobbik politischen Beobachtern heute sind, so wenig selbstverständlich sind die starken Wahlergebnisse der Rechtspopulisten vor dem Hintergrund der Entwicklung der ungarischen Gesellschaft. Der Aufstieg von Fidesz hängt untrennbar mit der skandalösen »Geheimrede« von 2006 zusammen, in der der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány ein-

gestand, in Bezug auf die Staatsverschuldung bewusst gelogen zu haben, um seine Wiederwahl nicht zu gefährden. Weil sich seit diesem einschneidenden Ereignis die gesamte ungarische Politik im Zustand einer »gravierenden moralischen Krise«³² befindet, erscheint es plausibel, dass die Enttäuschung über die etablierte Politik in einem ohnehin kaum gefestigten Parteiensystem einen solchen Erdrutsch nach sich zieht.

In Ungarn gehen die hohen Wahlergebnisse für rechtspopulistische und rechtsextremistische Parteien mit einer Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts einher. *Hate speech*, vor allem gegen Sinti und Roma, gilt gemeinhin nicht als Tabu und wird größtenteils akzeptiert, sodass die vielen *issues* der Rechtspopulisten auf einen gesellschaftlich fruchtbaren Boden fallen.

4. Rechtspopulismus in Europa – ein Vergleich

Der politikwissenschaftliche Mainstream versteht den Populismus als Kernkonzept, der ein als homogen gedeutetes Volk gegen das politische Establishment mobilisieren will. Der Rechtspopulismus fügt diesem Kern eine kulturelle Komponente hinzu, indem ein von »Fremden« ausgehendes Bedrohungsszenario konstruiert wird. Er macht sich demnach zum Verteidiger der politischen Souveränität des Volkes als Nation und gleichzeitig der Identität des Volkes als kultureller Gemeinschaft.

Die Beispiele aus West- und Mitteleuropa haben gezeigt, dass Rechtspopulisten zwar in beiden Großregionen erfolgreich sind, hinsichtlich ihrer Charakteristika aber neben Gemeinsamkeiten auch deutliche Unterschiede aufweisen. Die wesentliche Gemeinsamkeit liegt im Populismus selbst. Ob nun in Gestalt des Front National oder der PiS: Gemein ist den Parteien und Bewegungen das Gemeinmachen mit einem »Volk«, das vermeintlich unter dem Verrat oder der Unfähigkeit des politischen Establishments zu leiden hat. Auf der anderen Seite

haben die Fälle auch verdeutlicht, dass die unterschiedlichen geschichtlichen Entwicklungen zu verschiedenen ideologischen Ausformungen geführt haben. Das gemeinsame Attribut »rechts«, das zu allen untersuchten Parteien passen dürfte, verschleiert ein Stück weit die unterschiedlichen historischen Traditionslinien, die Selbstbeschreibungen und die Kolorierung der kulturellen Abschottung, die die Parteien betreiben.

Neben der offensichtlich antipluralistischen Haltung auf der kulturellen Achse muss aus demokratiepolitischer Sicht auch auf die Konsequenzen des Populismus selbst aufmerksam gemacht werden. So zeigen Polen und Ungarn, dass die mehrheitsdeziisionistische Attitüde des Populismus der Idee der Gewaltenteilung entgegensteht und die Warnung vor den politischen Feinden das Ansehreißen politischer Prärogative zugunsten der Regierung nach sich ziehen kann.

Dass der Rechtspopulismus, gemessen an zuletzt konstant hohen Wahlergebnissen, europaweit auf dem Vormarsch ist, seine Topoi in den öffentlichen Diskurs einsickern, seine Erfolge mit dem Sagbarwerden von Ressentiments und dem Abschmelzen von Tabus einhergehen, muss gerade vor den unterschiedlichen Voraussetzungen des Rechtspopulismus in Mittelost- wie in Westeuropa zum Nachdenken anregen: Denn immerhin scheint es neben den unterschiedlichen auch gemeinsame Entwicklungen des Politischen zu geben, die den Erfolg protestorientierter und auf kulturelle, zum Teil ethnische Ressentiments setzender Parteien begünstigen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Frank Decker: »Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven«. In: ders. (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden 2006, S. 9–32.
- 2 Cas Mudde: »The Populist Zeitgeist«. In: *Government and Opposition* 39 (3), 2004, S. 541–563; ders.: *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge 2007.
- 3 Werner T. Bauer: *Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa*. Wien 2015, S. 11.
- 4 Decker 2006; ders.: *Der neue Rechtspopulismus*. Opladen 2004; Lars Rensmann: »Populismus und Ideologie«. In: Frank Decker (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden 2006, S. 59–80.
- 5 Decker 2006, S. 16.
- 6 Cas Mudde; Cristóbal Rovira Kaltwasser: »Populism and Political Leadership«. In: R. A. W. Rhodes; Paul t' Hart (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Leadership*. Oxford 2014, S. 376–388, hier S. 385 ff.
- 7 Zum populistischen Charakter von Pegida siehe die Ausführungen von Hans Vorländer; Maik Herold; Steven Schäller: *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden 2016, S. 124–128.
- 8 Gilles Ivaldi; Marc Swyngedouw: »Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok«. In: Frank Decker (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden 2006, S. 121–143, hier S. 122.
- 9 Jean-Yves Camus: *Der Front National (FN) – eine rechtsradikale Partei?* Berlin 2014.
- 10 Yves Bizeul: »Ursachen und Erscheinungsformen von Rassismus und Rechtspopulismus im heutigen Frankreich«. In: Frank Decker; Bernd Hennigsen; Kjetil A. Jakobsen (Hrsg.): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa*. Baden-Baden 2015, S. 59–74, hier S. 72.
- 11 Anton Pelinka: »Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs«. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31 (3), 2002, S. 281–290, hier S. 287.
- 12 Franz Fallend: »Populism in government: the case of Austria (2000–2007)«. In: Cas Mudde; Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hrsg.): *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?* Cambridge 2012, S. 125.
- 13 Reinhard Heinisch; Kristina Hauser: »Rechtspopulismus in Österreich: Die Freiheitliche Partei Österreichs«. In: Frank Decker; Bernd Hennigsen; Kjetil A. Jakobsen (Hrsg.): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa*. Baden-Baden 2015, S. 91–109, hier S. 101 f.
- 14 Günther Pallaver; Reinhold Gärtner: »Populistische Parteien an der Regierung – zum Scheitern verdammt? Italien und Österreich im Vergleich«. In: Frank Decker (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden 2006, S. 99–120.
- 15 Bauer 2015, S. 63 f.
- 16 Decker 2004, S. 148–151.
- 17 Marcel Lewandowsky; Heiko Giebler; Aiko Wagner: »Rechtspopulismus in Deutschland: Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD«. In: *Politische Vierteljahresschrift* 57 (2), 2016, S. 247–275; Sara Ceyhan: »Kon-

- servativ oder doch schon rechtspopulistisch? Die politischen Positionen der AfD-Parlamentskandidaten im Parteienvergleich«. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 2016 (online first), DOI: 10.1007/s41358-016-0020-9.
- 18 Spiegel online, AfD-Vize Gauland sieht Flüchtlingskrise als Geschenk, 12.12.2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-sieht-fluechtlingskrise-als-geschenk-a-1067356.html>, zuletzt abgerufen am 06.04.2016.
- 19 Simon T. Franzmann: »Von AfD zu ALFA: Die Entwicklung zur Spaltung«. In: *Mitteilungen des Instituts für Parteienforschung* 22, 2016, S. 23–37, hier S. 34.
- 20 David Bebnowski: *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*. Wiesbaden 2015.
- 21 Susanne Frölich-Steffen: »Populismus im Osten und im Westen als parallele Entwicklung?« In: Ellen Bos; Dieter Segert (Hrsg.): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*. Opladen 2008, S. 303–321, hier S. 308.
- 22 József Bayer: »Die Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei: Populistische Politik in der ungarischen Demokratie«. In: Susanne Frölich-Steffen; Lars Rensmann, (Hrsg.): *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*. Wien 2005, S. 173–190.
- 23 Andrea L. P. Pirro: »Populist Radical Right Parties in Central and Eastern Europe: The Different Context and Issues of the Prophets of the Patria«. In: *Government and Opposition* 49 (4), 2014, S. 599–628, hier S. 612–620.
- 24 Brigid Fowler: »Concentrated Orange: Fidesz and the Remaking of the Hungarian Centre-Right, 1994–2002«. In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* 20 (3), 2004, S. 80–114, hier S. 82.
- 25 Kinga Wojtas: »Poland«. In: Vlastimil Havlík et al.: *Populist Political Parties in East-Central Europe*. Brno 2012, S. 163–198, hier S. 163–165.
- 26 Klaus Bachmann: »Populistische Parteien und Bewegungen in Mittelosteuropa«. In: Frank Decker (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden 2006, S. 216–232, hier S. 221.
- 27 Karsten Grabow; Florian Hartleb: »Mapping Present-day Right-wing Populists«. In: dies. (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Brüssel 2013, S. 13–44, hier S. 39.
- 28 Bauer 2015, S. 62.
- 29 Ebd., S. 82 f.
- 30 Ebd., S. 82.
- 31 Melani Barlai; Florian Hartleb: »Extremismus in Ungarn«. In: Eckhard Jesse; Thomas Thieme (Hrsg.): *Extremismus in den EU-Staaten*. Wiesbaden 2011, S. 413–428, hier S. 414, vgl. auch Pirro 2014, S. 612.
- 32 Ebd.